

**16. Internationale Konferenz für Kriegsdienstverweigerung und
Friedenssteuer-Kampagnen**
Sa., 17.09.2022 im Quäker-Haus, Genf

**durchgeführt in der Verantwortung von Conscience and Peace
Tax International/CPTI** <https://peacetaxinternational.org>



In Präsenz nahmen 11 Personen teil; drei davon aus Deutschland. Vormittags und nachmittags hatten sich für die online-Teilnahme sechs Interessierte aus den USA, einer aus Belgien und zwei weitere Deutsche angemeldet. Für die Technik zur hybriden Durchführung sorgten die *Jüngsten*: Fay und Jonathan von Conscience UK. Die Konferenz fand parallel zur Tagung des Menschenrechtsrates statt. Sie war offiziell vom 16. bis 18.09. terminiert worden, um mehr Zeit miteinander zu verbringen und neben der Konferenz auch zur Teilnahme an Sitzungen des Menschenrechtsrates an den Wochentagen vor oder nach der Konferenz zu ermutigen, was etliche Teilnehmer:innen auch taten. Die Unterbringung erfolgte im City Hostel; alle Mahlzeiten mussten außer Haus eingenommen werden.

Robin Brookes, der CPTI-Vorsitzende, übernahm die gesamte Sitzungsleitung. Zunächst berichtete er von der CPTI-Mitgliederversammlung, die am 28. Mai bereits mit allen erforderlichen Formalitäten online durchgeführt worden war.

Nach Eintreffen des ersten Referenten stellten sich alle Beteiligten persönlich vor.

Dr. Michael Wiener (deutscher Jurist) vom Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (und Co-Autor mit früheren und zukünftigen UN-Sonderberichterstattern des maßgeblichen, internationalen Gesetzeskommentars zu „Religions- oder Weltanschauungsfreiheit“, Universität Oxford Press 2016). Er stellte uns die Geschichte der Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung/KDV im UN-System vor. Anfangs galt KDV nicht als Menschenrecht. 1987 akzeptierte das damalige Menschenrechtskomitee die KDV ohne ein Votum, d.h. durch bloße Zustimmung nach Diskussion, als einen moralischen und auch legalen Wert. Vereinzelte Staaten gaben weiterhin ihre KDV-Ablehnung bekannt. Der heutige Menschenrechtsrat hat 20 Mitglieder mehr als bei der ersten Zustimmung. Frauen aus Eritrea versuchen, das Thema auf die Tagesordnung zu bringen. Das 2016 beschlossene „Recht auf Frieden“ garantiert nicht generell die KDV-Anerkennung. Der UN-Sonderberichterstatter kann zugunsten von KDV Lobbyarbeit betreiben. Von 18.000 Menschen ist bekannt, dass sie wegen KDV im Gefängnis sind. Der Europäische Gerichtshof erkannte im Jahr 2011 die KDV als legal an. In der Ukraine sind Männer unter 27 Jahren wehrpflichtig. Die KDV war dort von zehn Kirchen anerkannt; inzwischen sind alle Männer bis 60 Jahre wehrpflichtig.

Wiener hörte sich danach unsere Kurzberichte aus verschiedenen Ländern zur Kriegssteuerverweigerung an. Auch er zitierte das gängige Gegenargument: „Da könnte ja jeder kommen“. In der Einführung einer Kultursteuern sah er eine Chance für unser Anliegen. Aus anderen Lebensbereichen lernt man, dass spezielle Anliegen nur in – möglichst großen - Verbänden anerkannt werden.

Traumatisierte Soldaten bezeugen das Gewissensproblem beim Töten. International konnte man feststellen, dass KDV zunahm, weil Staaten mehr überzeugte Soldaten brauchten und rekrutierten. Herr Wiener erinnerte auch daran, dass die Intern. Ökumenische Friedenskonvention bereits 2011 in Jamaika den Kirchen empfahl, Alternativen zum Dienst mit der Waffe und Alternativen zu Steuern fürs Militär zu prüfen. Offenbar müsse man die Kirchen nun auch verstärkt von unten dafür motivieren! Die Rolle der Gewerkschaft wurde noch angesprochen: Geht es bei Militärdiensten, beim Waffenexport oder der Schließung von NATO-Stützpunkten um den Wegfall von Arbeitsplätzen, droht ihnen das Problem eines Mitgliederverlustes, was die Unterstützung erschwert. Immerhin hatte die deutsche IG Metall bereits 1991 ein „Arbeitsprogramm Rüstungskonversion“.

Christophe Barbey, CPTI-Delegierter und APRED-, Participative Institute for the Progress of Peace-Coordinator. Er ging zunächst der Theorie-Frage nach: Was ist Frieden? Nämlich ein Wert, ein politisches Programm bzw. Staatsziel, eine Methode für Bildung, Prävention, Mediation, Wiedergutmachung sowie Ressourcen wie die UN-Peacebuilding Commission (2005) und Finanzierung von Frieden. Der schweizerische Wehrdienst brachte uns zurück auf den Boden. Es besteht Wehrpflicht (ab

19/25 – 37 Jahre). Wer weder Wehr- noch Ersatzdienst leistet, muss eine Ersatzabgabe entrichten, max. 11 Jahre lang. Die Abgabe beträgt 3 % des versteuerbaren Einkommens.

Milena Romero, CPTI-Vorstandsmitglied, berichtet aus Kolumbien zum Thema KDV, bei dem sie engagiert ist. Zunächst einmal überraschte sie uns mit der Tatsache, dass zu einer internationalen KDV-Tagung in ihrem fernen Land der hiesige Derek zur Beratung beigegeben hat. Ungeachtet des obligatorischen Militärdienstes und der langen inneren Kämpfe im Land hatte sich eine Gruppe Engagierter viele Jahre lang für die KDV eingesetzt. Im Rahmen der Verfassungsänderung und nationalen Verfassungsversammlung 1991 waren zahlreiche Menschen (auch die mennonitische Kirche) bei Demonstrationen, Pressekonferenzen, Uni-Aktionen, Unterschriftensammlung aktiv und erreichten die Garantie der Gewissensfreiheit für die kolumbianische Bevölkerung (Artikel 18). Kriegsdienstverweigerung bleibt eine persönliche Ausnahme, die individuell geprüft wird. Diese Prüfkommision setzt sich aus z.B. einem Militärkommandeur, Arzt/Psychologen, juristischem Berater zusammen; sie alle sind dem Militär zugeordnet! Natürlich gilt dieses Verfahren vor der UN als illegal.

Nach dem aushäusigen Mittagessen ging es weiter mit Informationen darüber, wie der Menschenrechtsrat arbeitet, wie Nichtregierungsorganisationen/NGO und der einfache Bürger Zugang zu den verschiedenen Menschenrechtsmechanismen erhalten.

Christophe Barbey erläuterte den Universellen regelmäßigen Überprüfungsprozess/Universal Periodic Review process/UPR, in dem die Menschenrechtsleistung eines Mitgliedslandes alle vier Jahre geprüft wird. Der Bericht setzt sich zusammen aus Informationen des Staates, der UN und von NGO. Eine Working Group/Arbeitsgruppe für die UPR eines Landes, die sich aus den 47 Mitgliedstaaten des Menschenrechtsrates zusammensetzt unter Vorsitz von dessen Ratspräsidenten, führt die Länderüberprüfungen durch.

Frau Chian Yew Lim, stellt das Verfahren der Special Procedures/Sonderverfahren vor. Der Verfahrensbericht wird erarbeitet von einem Sonderberichterstatter oder einer Arbeitsgruppe oder einer Expertengruppe, in Anbindung an den Hochkommissar für Menschenrechte. Frau Lim betonte ausdrücklich, dass diese Experten völlig unabhängig agieren. Jeder hat die Möglichkeit, an den Hochkommissar zu schreiben, um die Untersuchung einer Menschenrechtslage in Gang zu setzen. Für die Antwort sind 60 Tage vorgesehen. Je nach Auftrag besuchen sie beispielsweise Gefängnisse, befragen Betroffene von Menschenrechtsverletzungen, treten in den Dialog mit Behörden und Zivilgesellschaft und formulieren anschließend Empfehlungen für einen besseren Menschenrechtsschutz. Zur Prüfung der Sachverhalte kann es Reisen ins betroffene Land geben. Frau Lim hat 10 Jahre lang dem Sonderberichterstatter Heiner Bielefeldt (Freiheit für Religion und Weltanschauung) zugearbeitet.

Derek Brett, vormals IFOR-Mitarbeiter in Genf, nun CPTI-Delegierter beim UN-Menschenrechtsrat in Genf berichtete über UN-Treaty Bodies/Vertragsorgane. Das sind Fachausschüsse der UN, die die Einhaltung internationaler Menschenrechtsabkommen überwachen, indem sie Empfehlungen und Stellungnahmen abgeben. Sie bestehen aus Sachverständigen der Vertragsstaaten und sind beim Menschenrechts-Hochkommissar angebunden. Ihre Rechtsmeinungen helfen bei der Auslegung der Abkommen; sie sind allerdings nicht verbindlich. Die meisten der Vertragsorgane sind befugt, Individualbeschwerden entgegenzunehmen. Darüber hinaus bestehen in der Regel Berichterstattungsverfahren und Möglichkeiten zur Beschwerde durch Staaten.

Und als wäre das noch nicht genug für einen Kopf folgten danach die **Länderberichte** unserer Organisation, und zwar aus Kanada, aus USA durch das National War Tax Resistance Coordinating Committee (NWTRCC), Großbritannien, Deutschland, Schweiz; Kolumbien hatten wir bereits gehört.

Robin Brookes beendete den Konferenztag mit der dringenden Bitte um personelle Unterstützung im CPTI-Vorstand, aber auch um das Wiederbeleben der Kooperation der nationalen Organisationen mit CPTI und untereinander. Eine Verabredung für die nächste Internationale Konferenz in zwei Jahren war noch nicht möglich. - Dafür hatten wir uns ein leckeres Käse-Fondue redlich verdient und nutzten es zum Gratis-Dank an unsere Männer vor Ort – Derek und Christophe – für die immense Vorarbeit und für ihre Statements beim Menschenrechtsrat und seinen Organen.

Hannelore Morgenstern